

# Recht und Gerechtigkeit

**DDR-ZUSATZRENTEN** Seit mehr als 20 Jahren führt Rudolf Sowada aus Leuna vor den Gerichten einen zähen Kampf um Versorgungsansprüche. Warum der Diplom-Chemiker im Ruhestand nicht aufgibt – aber langsam am Rechtsstaat verzweifelt.

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

Der vorerst letzte Kampf des Rudolf Sowada um Gerechtigkeit endet am 18. November 2021 mit einer Absage. „Im Namen des Volkes“, Aktenzeichen L 11 R 224/20, weist das Landessozialgericht Sachsen-Anhalt eine Berufung Sowadas gegen einen Bescheid des Sozialgerichts Halle vom 2. September 2020 zurück. Rudolf Sowada hat das Urteil abgeholt, wie so viele andere davor, in einem seiner unzähligen Ordner, die sich in mehr als 20 Jahren gefüllt haben mit richterlichen Beschlüssen, Zeitungsausschnitten, Briefwechseln. Sein Arbeitszimmer im ersten Stock einer Doppelhaushälfte in Leuna (Saalekreis), zwischen Aktenstapeln, Rechner und Holiator, ist zur Schaltzentrale geworden – nicht nur für den Kampf in eigener Sache, sondern auch für andere.

„Mein Gerechtigkeitsempfinden lässt mir keine Ruhe.“

Rudolf Sowada  
Diplom-Chemiker

Rudolf Sowada, 90 Jahre alt, Glatze, weißer Haarstrich, verschmitztes Lächeln, ist promovierter Diplom-Chemiker, über Jahrzehnte hat er in den Leuna-Werken gearbeitet. 44 Patente, 40 Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften – ein erfülltes Forscherleben, eine hohe Reputation: Sowada zählt zur sogenannten „technischen Intelligenz“ der DDR – tausende Chemiker und Physiker, die in Leuna und Buna, Bitterfeld und Wolfen tätig waren. Und die seit Jahrzehnten vergeblich streiten für Rentenansprüche, die ihnen die DDR zu-, die Bundesrepublik nach der Einheit aber versagte.

Rudolf Sowada und seine Berufskollegen sind durch den Rost gefallen, als das DDR-Rentensystem vor mehr als 30 Jahren in das bundesdeutsche Rentensystem überführt wurde. Aber warum? Und was heißt das eigentlich? Dazu muss man weit zurückgehen, in die jungen Jahre der DDR.

Nach seinem Chemiestudium macht Sowada rasch Karriere. 1957 fängt er in Leuna im damaligen Waschmittelbetrieb an. Wenig



Seit mehr als 20 Jahren ein zäher Kampf um Versorgungsansprüche: Rudolf Sowada in seinem Arbeitszimmer in Leuna

FOTO: ANDREAS STEDTLER

gere Jahre später kümmert er sich als Oberassistent um die Ausbildung von Erstsemestern an der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg. Dort erhält er ein damals in vielen Berufen begehrtes Papier. Die sogenannte Versorgungszusage berechtigt ihn, im Ruhestand neben der gesetzlichen auch eine Zusatzrente zu bekommen. Doch als er nach seinem Ausstieg in die Lehre 1965 in die Leuna-Werke zurückkehrt, wird diese Urkunde nicht verlängert.

## Den Pensionen hinterher

Dabei ist das Papier Jahre vorher für die Staats- und Parteiführung noch ein wichtiges politisches Instrument gewesen. Es dient dazu, Experten im Land zu halten. Schon 1950 wird die Zusatzrente für die „technische Intelligenz“ eingeführt, als erste von später insgesamt 27 derartigen Versorgungssystemen für diverse Berufsgruppen. In der Chemieindustrie gibt es schon vor dem Zweiten Weltkrieg üppige Betriebsrenten. Nach der Teilung werden diese in der Bundesrepublik weiter gezahlt, bei BASF oder Hoechst etwa, in der DDR aber nicht. Die Folge: Immer mehr Fachleute wandern ab, den Pensionen hinterher. Partei und Staat müssen reagieren –

## Geld für Härtefälle

Einmalig 2.500 Euro können Betroffene aus dem Härtefallfonds des Bundes erhalten. Bezieht sich auch das Land an der Finanzierung, kann die Summe verdoppelt werden. Allerdings: Der Fonds ist nicht nur für Ostrentner gedacht, sondern auch für Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge – bis zu 190.000 Menschen könnten laut Bund profitieren.

Berechtigt ist jedoch nur, wessen Rente im Januar 2021 unter 830 Euro netto lag. Und: Mehrere Berufsgruppen, darunter Chemiker und Physiker der „technischen Intelligenz“, sind von vornherein ausgeschlossen.

Kritiker halten die Konstruktion für falsch, die angesetzte Summe für zu niedrig. So fordert Sachsen-Anhalts SPD-Fraktionschefin Katja Pähle das Land auf, den Fonds mitzufinanzieren. Das sei „wenigstens ein kleiner Schritt zur Beseitigung der Rentenungerechtigkeit“, so Pähle. Das Land will eine Beteiligung bis Ende März prüfen.

sie schaffen ähnliche Regelungen für die DDR.

Nach dem Mauerbau aber ist es vorbei mit der Großzügigkeit. Die Zusatzrenten sind nicht mehr nötig, um Leute im Land zu halten, es kommt ja niemand mehr raus. Jetzt, erinnert Rudolf Sowada sich, erhalten in erster Linie verdiente Parteikader die begehrte Versorgungszusage. Er gehört nicht dazu.

Die Wiedervereinigung ist schon einige Jahre her, da schöpft Sowada doch noch Hoffnung, die einst versprochene Zusatzrente zu erhalten. 1998, er ist da bereits drei

Jahre regulär im Ruhestand, urteilt das Bundessozialgericht: Für einen Anspruch spiele die Urkunde keine Rolle. Entscheidend sei, dass Betroffene einer der Berufsgruppen angehört hätten, für die es solche Versorgungssysteme gab, und dass sie auch eine entsprechende Beschäftigung ausübt hätten. Also beantragt Sowada bei der damaligen Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) die Zusatzrente. Damit beginnt für ihn ein mehr als zwei Jahrzehnte dauernder Marsch durch das Dickicht der Paragraphen.

Die BfA lehnt Sowadas Antrag ab. Die Begründung: Er sei in der DDR kein Ingenieur gewesen. Wie

das, wo er doch in den Leuna-Werken als Entwicklungsingenieur geführt worden ist? Das Problem: Er trägt den Ingenieur nicht im Titel, vielmehr ist er Diplom-Chemiker.

Doch der Rentenversicherungsträger beharrt auf dem Ingenieur und verweist auf eine Durchführungsbestimmung aus der DDR: Die Zusatzrente ist demnach gedacht für „Ingenieure, Konstrukteure, Architekten und Techniker aller Spezialgebiete“. Von Chemikern ist keine Rede. Und deshalb fällt Rudolf Sowada durch den Rost.

Er und andere Betroffene berufen sich dagegen auf die sogenannte „Systematik der Berufe“, eine Art staatlicher Definitionskatalog. Sie argumentieren: Demnach ist ein Ingenieur ein Ingenieur, wenn er als solcher gearbeitet hat. Nicht erst dann, wenn er diesen Begriff in seiner Berufsbezeichnung führt.

Rudolf Sowada legt also Widerspruch ein gegen die Ablehnung der BfA. Die weist diesen zurück, Sowada klagt dagegen, verliert, zieht vor die nächste Instanz, verliert erneut. So geht es in den nächsten Jahren weiter: Immer wieder beantragt er bei der Rentenversicherung, die Entscheidung zu überprüfen. Immer wieder scheitert er – Antrag, Ablehnung, Widerspruch, Ablehnung,

Klage, Ablehnung, nächste Instanz, Ablehnung. Bis zum 18. November 2021.

Andere hätten vielleicht längst aufgegeben. Nicht so Rudolf Sowada. Warum nicht? Er beugt sich etwas vor in seinem Schreibtischstuhl, fixiert sein Gegenüber und fragt: „Sagt Ihnen die Konfliktkommission etwas?“ Er wartet die Antwort nicht ab, sondern erzählt in DDR-Betrieben vor das eine Schadensstelle, die Streitigkeiten schlichten sollte zwischen Beschäftigten untereinander oder mit Vorgesetzten. Es ging um Lohnerhöhungen, um schlechte Beurteilungen, solche Sachen. 25 Jahre lang hat Rudolf Sowada eine solche Kommission in den Leuna-Werken geleitet. Es ging ihm immer darum, Konflikte zu entschärfen, eine gütliche Einigung zu finden. „Ich habe ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden“, sagt er, „das lässt mir keine Ruhe.“ Darum kämpft er nun seit mehr als 20 Jahren in eigener Sache und für seine Berufskollegen.

## Er spricht von Fehlurteilen

Dennoch wenn auch nur einer Klage auf Auszahlung einer Zusatzrente stattgegeben würde, es wäre ein Präzedenzfall. Doch dazu wird es wohl nicht mehr kommen – bisher sind alle Klagen abgeschmettert worden. Stattdessen gibt es nun eine politische Lösung: Der Bund hat einen Härtefallfonds aufgelegt, aus dem Ost-Rentner unter bestimmten Umständen eine Einmalzahlung erhalten können (siehe „Geld für Härtefälle“).

Chemiker wie Rudolf Sowada fallen nicht darunter. Sowada will aber nicht aufgeben. Noch nicht. Er hat den Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), um Hilfe gebeten, er hat an Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) geschrieben. Natürlich ist ihm klar, sagt er mit Blick auf sein jahrelanges Scheitern vor den Gerichten, dass ein Regierungschef sich nicht in die Rechtsprechung einmischen könne. „Aber ich möchte wissen, an wen ich mich jetzt wenden kann.“ Er spricht von Fehlurteilen, die korrigiert werden müssten. „Es geht mir um Gerechtigkeit. Ich zweifle mir und verzweifeln am Rechtsstaat.“

Das klingt hart. Doch Rudolf Sowada wirkt nicht verbittert in seinem Arbeitszimmer in Leuna. Ein Foto zeigt ihn, wie er mit einem Sektglas fröhlich in die Kamera protestiert. Entstanden ist es an seinem 90. Geburtstag, voriges Jahr im August. Es muss eine schöne Feier gewesen sein. „Natürlich“, sagt er mit seinem verschmitzten Lächeln, „ich lasse mich doch nicht unterkriegen!“